
635/J XXIII. GP

Eingelangt am 10.04.2007

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Josef Muchitsch

und GenossInnen

an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit

betreffend ArbeitnehmerInnenschutz

Im Regierungsprogramm wird eine Forcierung der Präventionstätigkeit angekündigt. In den vergangenen Jahren wurden die Mittel der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA) eingeschränkt, sodass es immer schwieriger wurde, Prävention in ausreichendem Ausmaß zu betreiben. Gerade für schwer arbeitende Menschen ist die Prävention von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und berufsbedingten Erkrankungen äußerst wichtig. Dieses Thema muss daher so rasch als möglich in Angriff genommen werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit nachstehende

Anfrage:

1. In den nordischen Ländern wird schon seit vielen Jahren auf die altersgerechte Arbeitsplatzgestaltung geachtet. Das führt dazu, dass Arbeitnehmer länger gesund bleiben und somit auch länger im Arbeitsprozess stehen. Das wiederum hat den Vorteil, dass den Sozialkassen mehr Geld zur Verfügung steht. Österreich hat in dieser Richtung noch keinerlei Aktivitäten gesetzt. Wird das in Zukunft ein Thema werden und - wenn ja - in welcher Form?
2. Wird es zusätzliche Maßnahmen für SchwerarbeiterInnen geben?
3. Wird das Bauarbeiter-Schlechtwetter-Entschädigungsgesetz in Zukunft auch Aspekte des Arbeitnehmerschutzes beinhalten?
4. Wird es neue gesetzliche Rahmenbedingungen zum Arbeitnehmerschutz geben? Wenn ja, welche konkret?
5. Wo werden die Schwerpunkte der nächsten Jahre im Bereich Arbeitnehmerschutz liegen?
6. Psychische Belastungen am Arbeitsplatz nehmen in praktisch allen Branchen stark zu. Ein gutes Beispiel dafür ist der Baubereich, in dem durch enormen Termindruck auf Grund unrealistisch knapp gesetzter Fertigstellungstermine Stress und psychische Belastungen

der Bauarbeiter in den letzten Jahren deutlich zugenommen haben. Was soll zur Vermeidung solcher psychischer Belastungen getan werden?

7. Die Arbeitsinspektion wurde in den vergangenen Jahren zu einer Beratungs- statt Kontrollinstitution degradiert. Mit angemeldeten Kontrollen ist es kaum möglich, Missstände in den Betrieben aufzudecken. Wird die Arbeitsinspektion daher in Zukunft wieder vermehrt unangekündigte Kontrollen durchführen können und werden schärfere, österreichweit einheitliche Sanktionen bei mehrmaligen Verstößen eingeführt?
8. Werden die Sozialpartner in die geplanten Maßnahmen eingebunden sein und konkrete Maßnahmen fachlich begleiten können?